



Christoph Besemer et al. (2014)  
**Politische Mediation. Prinzipien und Bedingungen gelingender Vermittlung in öffentlichen Konflikten.**  
 Bonn (Verlag Stiftung Mitarbeit),  
 212 S., € 12,00, 978-3-921143-17-3

Infrastrukturprojekte und große Bauvorhaben verändern die Lebensumstände vieler und berühren die privaten und wirtschaftlichen Interessen Einzelner. Gemeinden, Behörden, sonstige Träger öffentlicher Belange, Investoren und politische Öffentlichkeit erwarten mittlerweile, dass die Bürger und vor allem die Betroffenen schon frühzeitig an der Planung solcher Großvorhaben beteiligt werden, damit deren Interessen und deren Wissen einbezogen werden können. Konflikte lassen sich auf diese Weise vermeiden oder doch konstruktiv bearbeiten.

Aber: Nur wenn das Verfahren professionell geplant und unter Beachtung zahlreicher sachlicher wie persönlicher Aspekte durchgeführt wird, besteht die Chance, eine weitgehend akzeptable Lösung zu erarbeiten und ggf. zur Befriedung schwelender oder offener Konflikte beizutragen. Misslungene Verfahren führen zur Frustration oder gar zum Rückzug der Beteiligten. Doch was wird aus der Bürgerbeteiligung, wenn sich auch nur eine Seite aufgrund schlechter Erfahrungen nicht mehr beteiligt?

Der Autor Christoph Besemer beschäftigt sich seit Jahrzehnten praktisch und wissenschaftlich mit Konfliktbearbeitung – insbesondere aus der Sicht der Zivilgesellschaft. Ihm ist es gelungen, verständlich aufzuzeigen, worauf geachtet werden muss, um Dialogverfahren zu einem Erfolg zu führen. Dabei gelingt es ihm, die Allparteilichkeit des Mediators auch als Autor aufrechtzuerhalten und die Befindlichkeiten aller Akteursgruppen gleichermaßen verständnisvoll offenzulegen.

Dieses Verständnis der Positionen, Bedürfnisse und Zwänge der jeweils anderen Akteure ist der Schlüssel für ein erfolgreiches Verfahren. Wer nicht versteht, unter welchem Druck Vertreter politischer Gremien und Vertreter der öffentlichen Verwaltung stehen und welche Möglichkeiten ihnen für eine Konfliktbearbeitung verschlossen sind, wird es schwer haben, einen Konsens zu erzielen (lesenswert hierzu auch der Beitrag von Sascha Boettcher). Umgekehrt müssen sich Wirtschaft und Verwaltung über das Wesen und die Art des Miteinander z. B. in einer Bürgerinitiative klar werden: »Um Akteure aus der sozialen Bewegung für eine Mediation zu gewinnen, ist es unabdingbar, jederzeit eine Haltung von »Achtung und Respekt für die Solidarität der Bewegung« einzunehmen. Denn der Erhalt der Solidarität ist für eine soziale Bewegung ein Wert an sich, weil sie kein monolithischer Block ist, sondern ein Zusammenhang, der aus einem gemeinsamen Ziel entstanden ist und seine Stärke nur durch die Solidarität gewinnt.« (S. 46)

Während Verwaltung und Wirtschaftsunternehmen meist hierarchisch strukturiert sind, sind die Gesprächspartner auf der Seite der Zivilgesellschaft heterogen. Verwaltung und Investor verfügen über finanzielle Mittel und über gesetzliche

oder faktische Macht, ihre Interessen durchzusetzen, die der Zivilgesellschaft fehlen. Andererseits können Vertreter der Zivilgesellschaft die Öffentlichkeit in ganz anderer Weise für ihre Ziele begeistern und Allianzen schmieden, als dies die Verwaltung könnte.

Es gilt also, bereits weit vor Beginn eines Dialogverfahrens die Lage genau zu analysieren, das daraus passende Design für ein Verfahren zu entwickeln und es dann professionell zu gestalten. In acht unterschiedlichen Fallstudien von Susanne Rynes, Reinhard Sellnow, Maurus Büsler/Emanuel Wassermann, Brigitte Gans, Thomas Flucher/Beat Stocker, Roland Schüler, Doris Fortwengel und Silke Freitag wird lehrreich und unterhaltsam gezeigt, wie solche Verfahren erfolgreich vorbereitet und abgewickelt werden konnten – zur Zufriedenheit aller Akteure.

Die klugen Überlegungen und praxisorientierten Checklisten machen das Buch zu einem hilfreichen Werkzeug bei der Vorbereitung von Verhandlungen und Dialogverfahren für den Mediator ebenso für die Akteure – gleich welcher Gruppe sie angehören – und nicht zuletzt: für ihre Berater.

Der Buchhandelspreis von € 12,- wurde wohl im Hinblick auf die vermutet knappen Kassen der Akteure der Zivilgesellschaft gewählt. Er ist viel zu niedrig, gemessen an Gehalt, Umfang und Nutzen. Das sollte aber niemanden in Verwaltung und Wirtschaft vom Kauf abschrecken.

*Peter Hammacher, Heidelberg*